

Politik entscheidet über Dauer des Provisoriums

BM 05.10.11

WERMELSKIRCHEN (tei.-) Das Parken auf der unteren Carl-Leverkus-Straße unterm Weihnachtsbaum ist vorläufig nur bis zum 11. November möglich. Das erklärte gestern auf Anfrage der Technische Beigeordnete Dr. André Prusa. „Der Fachausschuss muss in seiner Sitzung am 7. November seinen Beschluss aus 2008 aussetzen. Erst danach könnte weiter geparkt werden.“

Prusa sieht das Parken als vorläufiges Provisorium – denn nicht nur der Parkplatz Taubengasse fällt durch den Abriss weg, sondern auch die erst kürzlich eingerichteten Stellplätze vor dem Abrisshaus auf der Oberen Remscheider Straße. Zusätzlich kommt hinzu, dass ab 1. November der Parkplatz des ehemaligen Ring-Kaufhauses aus Sicherheitsgründen komplett gesperrt wird.

Prusa hat sich Ende der vergangenen Woche mit dem Bürgermeister über die Parksituation unterhalten. Der Beschluss wurde daraufhin, nachdem die beiden Vorsitzenden des Fachausschuss, Friedel Burghoff und sein Stellvertreter Bernhard Schulte zustimmten, bis zur Sitzung ausgesetzt.

Parkzeit wird geregelt

Noch nicht eindeutig geklärt war gestern, wie die Zufahrt und die Parkdauer geregelt wird. Ein, zwei oder vier Stunden seien möglich, um die acht Stellplätze nicht durch Dauerparker zu blockieren. „Ich tendiere für zwei Stunden. Aber darüber soll im November mit dem Ausschuss debattiert werden.“ Überlegt wird auch, die Zufahrt von der Oberen Remscheider Straße zu ermöglichen. Derzeit ist das noch verboten, denn die Carl-Leverkus-



Ist ein **Provisorium**: Die Stellplätze unterm Weihnachtsbaum. BM-FOTO: TEIFEL

Straße ist eine Einbahnstraße. „Vielleicht nehmen wir das Zufahrtverbot bis zum Ende der Stellplätze zurück“, nannte Prusa eine Option.

Klaus Hake (WNKUWG) zeigte sich gestern erfreut über die kurzfristige Freigabe des Platzes. „Wir sind ja schon seit Jahren der Meinung, dass dieser Platz zum Parken freigegeben werden sollte. Das haben wir schon mehrfach beantragt. Eine Mehrheit lehnte das jedoch stets ab.“ Seine Fraktion sei sich bewusst, dass diese Parkfläche nur ein Provisorium während der Baumaßnahmen sei. Er regte an, unbedingt die Parkzeit zu begrenzen, damit Dauerparker die Fläche nicht belegen. Auch sollten die acht Stellplätze von der Oberen Remscheider Straße angefahren werden können.

In der Sitzung im November soll auch über die Obdachlosenunterkunft an der Berliner Straße 17 gesprochen werden. „Vielleicht sollte hier temporär etwas angefasst werden, um die Parksituation auch in der Vorweihnachtszeit zu entspannen“, so ein Gedanke von Prusa.

Dauerparker sind schon da

WEIHNACHTSBAUM Ersatz-Parkplatz vorerst bis 11. November.

WGA 08.10.11

Die Stadt Wermelskirchen hat in dieser Woche den Platz unter dem Weihnachtsbaum zum Parken freigegeben und damit die Situation geringfügig entspannt, in der die Zahl der am unteren Ende der Oberen Remscheider Straße zur Verfügung stehenden Stellplätze deutlich zurückgehen durch den Abriss des spitz zulaufenden Hauses am Durchstich Taubengasse. Die Maßnahmen, die nach Absprache mit

Bürgermeister, dem Vorsitzenden des Ausschuss für Stadtentwicklung und dessen Stellvertreter abgestimmt wurde, ist zunächst bis zum 11. November begrenzt.

Die WNK-UWG-Fraktion begrüßt das und teilt mit, dass ihr bewusst sei, dass die Parkplätze nur ein Provisorium seien, zumal nur zuständige Gremien entsprechende Beschlüsse fassen könnten. Die Fraktion regt zurecht an, dass

die Stellplätze mit Parkscheiben begrenzt werden müssen, weil schon viele Dauerparker anzutreffen sind. Ferner sollten nach Auffassung der WNK UWG die Schilder „Einbahnstraße“ am Ende der Carl-Leverkus-Straße versetzt werden, damit die Parkplätze auch von „unten“ angefahren werden können und nicht alle die Telegrafener- und Carl-Leverkus-Straße befahren müssen.

red



Wegen einer Baumaßnahme fällt die Abstellfläche am ehemaligen Plusmarkt an der Oberen Remscheider Straße weg. Als Übergangslösung gibt das Rathaus den Platz unter dem Weihnachtsbaum zum Parken frei.

Foto: Hans Dieter Schmitz

GUTEN MORGEN
VON THOMAS WINTGEN

WGA
12.10.11



Zurückgezogen

Der Haupt- und Finanzausschuss hat den Kompromiss für den Standort der Mobilfunkbasis-Station in Dabringhausen kommentarlos gebilligt. Henning Rehse (WNK) nahm das als Beispiel für seine Idee, das Rathaus solle auf seiner Homepage eine Verknüpfung „Aktuelle Projekte“ schaffen, auf dass der interessierte Einwohner weiß, was Sache ist. „Hätte es einen Zweizeiler gegeben“ zum Sendemasten, meinte Rehse – die Sache wäre „nicht so hochgekocht“. Bürgermeister Eric Weik gab zu bedenken, dass im Rathaus pro Tag im Schnitt 440 Maßnahmen auf die Schiene gesetzt werden und dass die Verwaltung nicht in der Lage sei zu erkennen, woran hinreichendes Interesse bestehe, und schon gar nicht, alle Stellungnahmen und Fragen zeitnah wie sachgerecht im Internet zu beantworten. Das ist zweifellos nachvollziehbar. Henning Rehse daraufhin: „Wir ziehen den Antrag zurück.“

Hallen-Werbung: Lösung für die Mehrzweckhalle

WERMELSKIRCHEN (tei.-) Der Förderverein Mehrzweckhalle Dabringhausen behält seine Sonderstellung unter den Vereinen – dennoch werden die Klubs in Dabringhausen auch Geld bekommen, wenn Sponsoren eine zweckgebundene Werbung in der Halle platzieren möchten. Das ist das Ergebnis einer Vereinbarung, die einen möglichen Streit ohne Gesichtsverlust beilegt. Maßgeblich dazu beigetragen hat Dirk Wartmann, 1. stellvertretender Bürgermeister. Der Dabringhausener hat die Vertreter des Festausschusses, DTV und Förderverein an einen Tisch geholt und den Kompromiss erzielt. Jetzt kann der Stadtrat am Montag die neue Benutzungsordnung für die Sporthallen beschließen.

Eigentlich sollte schon vor der Sommerpause die Benutzungsordnung verabschiedet werden. Sie sieht klare Regeln für Werbebanner in allen Sporthallen vor. Angebracht sind sie derzeit lediglich in der Schwanenhalle und in der Mehrzweckhalle. Am Schwanen gibt es keine Probleme. Dort regelt das Amt für Wirtschaft die anbringung von Werbung. Anders sieht's im Dorf aus: Dort hat die Stadtverwaltung dem Förderverein die Aufgaben übertragen – und alle Einnahmen sollte dieser Verein bekommen. Schließlich setzt er sich für den Erhalt der Halle ein. „Wenn man diese Leute vor den Kopf stößt, schadet man der Stadt“, sagte Bürgermeister Eric Weik im Juli. Doch es gibt auch Fürsprecher für Vereine, die die Halle ebenfalls nutzen – und die ebenfalls auf Sponsoren angewiesen sind.



Dirk Wartmann holte die Vereine an den Tisch. BM-ARCHIVFOTO: HERTGEN

Wartmann hatte Peter Eickhoff (Festausschuss Dabringhausener vereine), Andreas Gall (Dabringhausener TV) und Horst Krüger (Festausschuss) an einen Tisch geholt. Er erklärte, dass sich DTV und Förderverein sehr zurückgenommen hätten mit Forderungen, so dass es zu einer vernünftigen Einigung gekommen sei: „So ist ein Auskommen nebeneinander möglich.“

Das Ergebnis für die Mehrzweckhalle sieht so aus, dass der Förderverein im Auftrag der Stadt die Anbringung der Werbung koordiniert und auch die Einnahmen der Werbung erhält. Sofern andere Vereine zweckgebundene Werbung akquirieren, fließen ihnen diese Einnahmen auch zu.

Diese Regelung empfahl der Hauptausschuss einstimmig dem Stadtrat.

KOMMENTAR DH 12.10.11

Bisherige Berichterstattung unter www.rp-online.de/Wermelskirchen

KOMMENTAR

Moderatoren häufiger einbinden

Im Dorf macht's man wieder vor, wie mit ehrenamtlichem Engagement richtig umgegangen wird. Statt übereinander zu schimpfen und vielleicht das öffentliche Mitwirken einzustellen, wurde miteinander geredet. Lösungen findet man eben nur im Gespräch. Darum hat Dirk Wartmann alle an den Tisch geholt. Ohne Stadtverwaltung – quasi ein Gespräch unter Dabringhausenern.

Auch wenn er hier in der Funktion des 1. stellvertretenden Bürgermeisters eingeladen hatte – er ist Dabringhausener. Kennt die Befindlichkeiten und weiß als Insider, worum es geht.

Wichtig ist im Ergebnis, dass weder der Förderverein noch der DTV als die maßgebenden Vereine ihr Gesicht verloren haben. Das wäre fatal, denn ohne diese Vereine wäre im Dorf nichts mehr los.

Die beiden Stellvertreter des Bürgermeisters sollten gerade in solch verzwickten Situationen viel stärker als Moderatoren eingebunden werden – gemeinsam findet man eben immer Lösungen. Die erste Tischrunde war jedenfalls erfolgreich. Weiter so.

UDO TEIFEL

Über ihren Schatten gesprungen

WERBUNG Neuregelung für Sporthallen.

Von Thomas Wintgen

Der Haupt- und Finanzausschuss (HuF) hat dem Stadtrat einstimmig empfohlen, die Benutzungsordnung für die städtischen Sporthallen um den Punkt „Werbung in Sporthallen“ zu ergänzen.

Dahinter steckt insbesondere die Überlegung, wie die Einnahmen aus der Werbung in Sporthallen aufgeteilt werden. Bisher kommen sie allein den Vereinen zugute, welche die Werbung besorgt haben.

Um eine optische Ordnung und eine gebrauchstüchtige Befestigung der Banner zu erreichen, wird der Rat die Benutzungsordnung ergänzen. Am Beispiel der Schwanenhalle hat die Stadtverwaltung aufgelistet, wo welche Flächen zur Verfügung stehen und wie groß sie belegt werden dürfen. Abweichend von den Regelungen hier wird die Vermarktung der Mehrzweckhalle Dabringhausen über seinen Förderverein laufen, damit die Einnahmen dem Förderverein und damit auch der Stadt zugute kommen.

An diesem Punkt hatte es gehakt, weil der DTV sich nicht hinreichend berücksichtigt fühlte. Bürgermeister Eric Weik dankte im HuF seinem Vize Dirk Wartmann für eine Vermittlung. Wartmann hatte neben Peter Eickhoff (für



Vermittelte erfolgreich: Dirk Wartmann. Foto: Herbert Draheim

mehrere Karnevals-Gruppierungen) und Horst Krüger (Förderverein) noch Andreas Gall (TV Dabringhausen) an einen Tisch geholt. Dabei seien „Krüger und Gall über ihren Schatten gesprungen“ (Weik) und haben eine Lösung ermöglicht.

Die neue Regelung sieht vor, dass in Abstimmung mit dem Rathaus sowie dem Hallenwart Werbung angebracht werden darf – so stabil, dass sie niemand abschießen oder werfen kann. Wenn nicht genug Platz ist oder andere Gründe dagegen sprechen, darf das Amt für Wirtschaft, Umwelt und Stadtentwicklung das Anbringen verbieten. In Dabringhausen hat diese Befugnisse der Förderverein.

WGA

13.10.

13.10.

Ab 1. Januar 2012 gibt es eine Ehrenamtskarte

WERMELSKIRCHEN (tei.-) Wermelskirchen soll nun doch eine Ehrenamtskarte bekommen. Mit Mehrheit empfahl gestern Abend der Haupt- und Finanzausschuss dem Stadtrat, die Karte zum 1. Januar 2012 einzuführen. Bisher gab es dafür keine Mehrheiten – erst die Zusage der Vereine „Freiwilligenbörse“ und „WiW-Stadtmaking“, die administrativen Aufgaben zu erledigen, hat zum Sinneswandel geführt.

2009 stellte WNKUWG den Antrag zur Einführung dieser Ehrenamtskarte. Deren Argumentation: Kommunen würden an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit stoßen. Sie seien auf die Tatkraft aus der Bürgerschaft angewiesen, um anstehende und zukünftige Aufgaben zu bewältigen. „Jeder Bürger, der freiwillig Verantwortung übernimmt und sich zum Wohl der Bürgerschaft einbringt, soll als Zeichen der Anerkennung kleinere finanzielle Vorteile genießen“, so Fraktionsvorsitzender Henning Rehse.

So wird nun die Freiwilligenbörse alle Aufgaben übernehmen, die mit der Einführung und laufenden

Pflege der Karte anfallen. WiW wird die Karte ebenfalls unterstützen und insbesondere Akquise bei den Mitgliedern des Vereins betreiben.

Lediglich das Bürgerforum lehnte diese Ehrenamtskarte ab. Manfred Schmitz-Mohr: „Ich würde mich schämen, mir Vorteile zu er-

„Ich würde mich schämen, mir Vorteile zu erkaufen.“

kaufen, weil ich ein Ehrenamt habe.“ Zudem argumentierte er, dass es schon viele „Bindungs- und Kundenkarten“ in

den Geschäften gebe – „es macht keinen Sinn, dies auf die Ehrenamtskarte zu erweitern.“

Das sehen Jochen Bilstein (SPD) und Volker Schmitz (CDU) anders. Fürs Ehrenamt Menschen zu gewinnen werde immer schwieriger, so der Christdemokrat. „Sie bekommen mit der Karte einen Gegenwert für ihre Tätigkeit.“ Bilstein sah angesichts der bevorstehenden Sparmaßnahmen, die auch die Ehrenamtlichen treffe, „im Ansatz einen sinnvollen Versuch, hier etwas aufzufangen“. Er wisse nicht, ob die Gewerbetreibenden mitziehen würden, deshalb sollte man nach zwei Jahren unbedingt noch einmal über die Umsetzung sprechen.

LESERBRIEF

Ein Symbol der Ehrenamtskarte

Ehrenamtskarte

In einem Artikel vom 11. Oktober zum Thema Ehrenamtskarte las ich die Äußerung von Manfred Schmitz-Mohr: „Ich würde mich schämen, mir Vorteile zu erkaufen, weil ich ein Ehrenamt habe.“ Herr Schmitz-Mohr, nicht die Ehrenamtler die ggf. eine Ehrenamtskarte in 2012 in Empfang nehmen, sollten sich schämen, sondern Sie sollten sich schämen, eine derartige beleidigende Äußerung gegenüber denen in öffentlicher Sitzung kundzutun, welche sich in einem Ehrenamt engagieren.

Um zukünftig nicht als Schmarotzer und Vorteilsnehmer angesehen zu werden, habe ich mich daher entschlossen, mein Ehrenamt wie bereits seit vielen Jahren weiterhin unentgeltlich in einem Wermelskirchener Sportverein wahrzunehmen, und darüber hinaus meine Aufwandsentschädigung, die mir für meine ehrenamtliche Tätigkeit als Fraktionsmitglied zugegangen ist, dem Wermelskirchener Jugendhandball zukommen zu lassen.

Ich habe die Einführung der Ehrenamtskarte bisher nicht als Werkzeug zur Vorteilsnahme für Ehrenamtler gesehen, sondern als Symbol der Anerkennung der Stadt gegenüber den Bürgern, die durch ihr persönliches Engagement die Stadt Wermelskirchen liebens- und lebenswerter werden lassen. Sollte ich mich jedoch mit meiner Annahme täuschen, werde ich, sofern man mir die Ehrenkarte in 2012 anbieten sollte, die Annahme ablehnen.

Walter Thiel
Im Kämpchen 14

Belohnung für das Ehrenamt

WE A
13.10

KARTE Einführung 2012 vorbereiten.

Von Thomas Wintgen

Der Stadtrat wird kommenden Montag eine Ehrenamtskarte in Wermelskirchen einführen – möglichst zum 1. Januar 2012 unter der Voraussetzung, dass der Verein Freiwilligenbörse die Verwaltung übernimmt und Wir in Wermelskirchen (WiW) bei der Akquise behilflich ist.

Der Stadtrat wird die Stadtverwaltung beauftragen, die Rahmenbedingungen zur Einführung der Ehrenamtskarte in Absprache mit diesen beiden Vereinen zu erarbeiten und sie dem Haupt- und Finanzausschuss (HuF) vorzulegen. Das hat der HuF in der jüngsten Sitzung dem Rat empfohlen gegen die Stimmen des Bürgerforums und bei einer Enthaltung (FDP). Manfred Schmitz-Mohr (BüFo) begründete das Nein so, dass der Einzelhandel bereits hinreichend solche Karten zur Kundenbindung anbiete.

„Wir sehen keinen Sinn in einer weiteren Karte“, meinte

Schmitz-Mohr. „Ich persönlich würde mich schämen“, als Ehrenamtler eine solche Karte anzufordern. Sie mache folglich nur wenig Sinn und koste obendrein Geld.

Bürgermeister Eric Weik freute sich, dass WiW seine Meinung geändert habe. Für die CDU habe das den Ausschlag gegeben, Ja zu sagen, meinte Volker Schmitz.

Jochen Bilstein sagte, die SPD sei zwar nicht sicher, dass diese Karte ein Erfolg werde, aber „gerade vor dem Hintergrund der anstehenden Sparmaßnahmen“ sehe die Fraktion den Ansatz eines sinnvollen Versuchs der Kompensation.

Hintergrund des WNK-Antrags ist, dass „jeder, der freiwillig Verantwortung übernimmt und sich zum Wohl der Bürgerschaft einbringt, als Zeichen der Anerkennung kleinere finanzielle Vorteile genießen können“ soll. Inwieweit Handel und Industrie in Wermelskirchen mitspielen, ist abzuwarten.

Fassade: Schrauben-Lösung einfach mal ausprobieren

WERMELSKIRCHEN (BM) Kein Freund von langwierigen Gutachterlösungen ist Henning Rehse. Der Fraktionsvorsitzender der WNKUWG spricht sich dafür aus, nicht erst zehn Jahre bei der Rathausfassade zu warten, sondern mal die Schrauben-Lösung zu versuchen. „Diese Idee hatten Peter Scheben und ich schon vor fünf Jahren geäußert. Vielleicht sollte man es doch mal bei 30 Platten versuchsweise umsetzen, sie mit vier Schrauben zu befestigen.“ Dann wüsste man auch, wie lange so etwas dauert. „Alles andere, auch die Ausführungen des Gutachters, sind Spekulation.“ Denn: „So schön Gutachter für die Entlastung der eigenen Verantwortung sind, so groß ist die Gefahr, dass Gutachter der natürliche Feind von einfachen Lösungen sind. Es lassen sich lukrative Folgeaufträge generieren.“

Brückenweg: „Baum 4“ ersetzen

WE A
18.10

Der WNK UWG ist aufgefallen, dass im Brückenweg „Baum Nr. 4“ an der Allee – gezählt von der Einmündung Vorm Eickerberg – fehlt. Fraktionschef Henning Rehse regt in einem Schreiben an die Stadt an, für Ersatz zu sorgen. Ansonsten bestünde die Gefahr, „dass das hübsche Bild der Allee durch Lücken zerstört wird bzw. die Kosten, je länger der Ersatz auf sich warten lässt, aufgrund dessen proportional zur Größe zunehmenden Anschaffungspreises steigen“. red

Vorerst niemand

WE A
18.10

HALLENBAD Im Rat.

Henning Rehse (WNK-UWG) hat am Montag im Stadtrat um eine Aussage der Verwaltung gebeten, ob es etwas im Quellenbad gebe, das erledigt werden müsse, um die Betriebssicherheit des Bades zu gewährleisten – Rehse: „also wirklich wichtige Dinge“. Bürgermeister Eric Weik sagte, dass – bis zum Ratsentscheid über die Einsparungsliste – „es nicht vorgesehen ist, das Bad bald zu schließen“. Es stehe auf der Konsolidierungsliste. Das heißt aber nicht, dass es geschlossen oder jemand entlassen wird.“ Richtig sei, dass vieles nicht auf dem neuesten Stand sei. s.n.

KOMPAKT

DM 19.10.11

Weik zum Hallenbad: Betriebssicherheit ist nicht gefährdet

WERMELSKIRCHEN (tei.-) „Wird das Hallenbad bald geschlossen, weil die Betriebssicherheit gefährdet ist?“ Diese Frage stellte Henning Rehse (WNKUWG) im Stadtrat an die Stadtverwaltung. Solche Äußerungen kursierten in der Bevölkerung und seien an seine Fraktion herangetragen worden. „Die Gremien sollten kurzfristig informiert werden. Wir brauchen Zahlen und Fakten.“ Von einer „baldigen Schließung“ könne überhaupt nicht die Rede sein, sie sei auch nicht vorgesehen, antwortete Bürgermeister Eric Weik. Richtig sei: Auch das Quellenbad stehe auf der „Giftliste“. Aber es sei keine Gesundheitsgefährdung zu befürchten. „Richtig ist: Es muss dringend investiert werden. Dort ist sicher nicht alles auf dem neusten Stand. Aber die Betriebssicherheit ist nicht gefährdet.“

LESER-FORUM

Könnten helfen

Zur Diskussion, ob die Verschraubung der Marmorplatten Abhilfe bringen könnten

Nur der Versuch macht klug, lautet ein in den Naturwissenschaften weit verbreitetes Sprichwort. Bevor die laut Professor für Fassadensanierungen durchaus üblichen zehn Jahre erreicht werden, wäre es eine gute Idee, die von uns vor fünf Jahren geäußerte Idee, die Marmorplatten des Rathauses jeweils mit 4 Schrauben gegen das Herabfallen zu sichern, einfach an 30 Platten versuchsweise umzusetzen.

Dann wüsste man, wie lange es dauert, eine Platte zu durchbohren und zu befestigen, und ob sie diese Behandlung übersteht oder nicht und welche Kosten insgesamt entstehen. Alles andere ist Spekulation – auch die Ausführungen eines Gutachters. So schön Gutachter für die Entlastung von der eigenen Verantwortung sind, so groß ist die Gefahr, dass Gutachter der natürliche Feind von einfachen Lösungen sind, bietet die die Kompliziertheit des Problems die hervorragende Möglichkeit, lukrative Folgeaufträge für sich zu generieren.

Henning Rehse für die WNK-UWG-Fraktion

Höhere Mathematik

Zum selben Thema

Ich traute meinen Augen nicht, als ich im Artikel zur Rathausfassade las: „Und die auf den ersten Blick faszinierende Idee, die Platten 'einfach' mit jeweils vier Schrauben zu verankern, scheitere an den Kosten für die immens hohe Anzahl von Bohr- und Schraubvorgängen. Ich hatte immer gedacht, man hätte diese Idee möglicherweise aus technischen oder optischen Gründen verworfen. Aber dass nun die Kosten der Hinderungsgrund sein sollen, erfüllt mich mit gelindem Erstaunen. Denn so gewaltig können die Kosten eigentlich nicht sein; ansonsten hätte ich vor einigen Jahren die Verschieferung meines Hauses und die damit verbundene „immens hohe Anzahl von Bohr- und Schraubvorgängen“ sicher nicht bezahlen können.

Ob man übrigens unbedingt vier Schrauben pro Platte

braucht oder auch mit ein oder zwei Schrauben auskommt, sei mal als Denkanstoß am Rande erwähnt.

Ich frage mich langsam, ob man überhaupt mal ein diesbezügliches Angebot einer ortsansässigen Dachdeckerfirma eingeholt hat, oder ob man es von vornherein vorzog, ein Gutachten nach dem anderen einzuholen, und selig schlummernd abzuwarten, „wie sich das Thema weiterentwickeln könnte“. Glaubt man allen Ernstes, dass dabei am Ende eine billigere Lösung herauskommen wird? Das erinnert mich fatal an die „höhere Mathematik“ im Zusammenhang mit den Parkscheinautomaten, als man damals glaubte, das finanzielle Defizit durch Aufstellen weiterer defizitärer Automaten verringern zu können.

Dass dieser Unfug mit „nur“ zwölf Jahren eine überschaubare Lebensdauer hatte, lässt für die Zukunft immerhin hoffen. Bernd Allendorf, Hilfringhauser Str. 75

Werde Annahme ablehnen

Zum Bericht „Belohnung für das Ehrenamt“ (WGA vom 13. Oktober) In dem Artikel musste ich nachfolgende Äußerung von Manfred Schmitz-Mohr lesen: „Ich würde mich schämen“, als Ehrenamtler eine solche Karte anzufordern. Sie sollten sich schämen, eine derartig beleidigende Äußerung kundzutun, welche sich in einem Ehrenamt engagieren.

Um künftig nicht als Schmarotzer und Vorteilsnehmer angesehen zu werden, habe ich mich daher entschlossen, mein Ehrenamt, wie seit vielen Jahren, weiter unentgeltlich in einem Wermelskirchener Sportverein wahrzunehmen. Darüber hinaus werde ich meine Aufwandsentschädigung, die mir für meine ehrenamtliche Tätigkeit als Fraktionsmitglied zugegangen ist, dem Wermelskirchener Jugendhandball

zukommen lassen.

Ich habe die Einführung der Ehrenamtskarte bisher nicht als Werkzeug zur Vorteilsnahme für Ehrenamtler gesehen, sondern als Symbol der Anerkennung der Stadt gegenüber den Bürgern, die ihre Stadt liebens- und lebenswerter werden lassen.

Sollte ich mich jedoch mit meiner Annahme täuschen, werde ich, sofern man mir die Ehrenkarte in 2012 anbieten sollte, die Annahme ablehnen.

Walter Thiel, Im Kämpchen 14

An dieser Stelle veröffentlichte Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass wir über Leserbriefe keine Korrespondenz führen.

Schreiben Sie Ihre Leserbriefe an die WGA-Redaktion, Kölner Str. 17, oder mailen Sie sie als Anhang an wga@rga-online.de

LESER-FORUM

WGA 21.11.10

Sofortiger „Feldversuch“

Bürgerforum, FDP sowie WNK-UWG glauben Geologen und Verwaltung einfach nicht

Wir sind äußerst skeptisch gegenüber dem von der Verwaltung eingeschlagenen Weg einer erneuten, groß angelegten und kostenträchtigen Überprüfung der Marmorplatten. Diese wissenschaftliche Untersuchung des Materials und seine Reaktion auf Wasser, Wärme und Kälte ist unserer Meinung nach unnötig, da sich schon durch die Praxis der letzten 30 Jahre erwiesen hat, welche Auswirkungen das Wetter auf die Marmorplatten hat.

Es geht unserer Auffassung nach nicht um eine zusätzliche Befestigung der Platten, sondern lediglich um eine zusätzliche Fixierung, welche die Platten – sollten sie sich denn tatsächlich irgendwann einmal aus ihrer jetzigen Befestigung lösen – an ihrem Platz hält.

Wir bitten Sie daher, einen sofortigen Feldversuch an ausgewählten Stellen der Fassade durchzuführen. Hierbei sollte eine Fixierung mit Schrauben – im besten Falle nur mit einer Schraube in der Mitte der jeweiligen Platte – vorgenommen werden.

Deren Haltefähigkeit sollte durch Wegnehmen der kompletten bisherigen Befestigung (schlimmster Fall) überprüft werden, die Bohrzeiten sollten gemessen werden und darauf geachtet werden, dass nur modernste und effektivste Technik eingesetzt wird. Die Fraktionen sollen über den Zeitpunkt dieses Feldversuchs unterrichtet werden.

Sollten Sie, aus welchen Gründen auch immer, unserer Anregung nicht nachkommen können, stellen wir hilfsweise einen entsprechenden Antrag für die nächste Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 21. November.

Peter Scheben (BF) im Namen der genannten Fraktionen

KOMPAKT

BM 21.10.11

Fassade: Bündnis will Schrauben-Lösung im Feldversuch testen

WERMELSKIRCHEN (tei.-) Henning Rehse (WNKUWG) bekommt jetzt Unterstützung aus dem Bündnis: In einer gemeinsamen „Anregung“ fordern Bürgerforum, FDP und WNKUWG den Bürgermeister auf, einen sofortigen Feldversuch an der Rathaus-Fassade zu unternehmen. An ausgewählten Stellen soll eine Fixierung der Marmorplatten mit Schrauben vorgenommen werden. Deren Hältfähigkeit sollte durch das Entfernen der bisherigen kompletten Befestigung überprüft werden. „Wir sind äußerst skeptisch gegenüber dem eingeschlagenen Weg der Verwaltung, die Marmorplatten erneut und kostenträchtig untersuchen zu lassen“, heißt es. Die Auswirkungen von Wasser, Wärme und Kälte zu erforschen sei unnötig – das hätte die Praxis in 30 Jahren erwiesen. „Uns geht es nicht um eine zusätzliche Befestigung, sondern lediglich um eine zusätzliche Fixierung“, heißt es. Sollte die Anregung nicht aufgegriffen werden, wird der Feldversuch als Antrag eingebracht.

rga. DONNERSTAG, 27. OKTOBER 2011

rga.Heute

Elf rote Ampeln für WNK-Fraktion

Die Ratsfraktion von WNK-UWG hat in der Liste möglicher Einsparungen des Verwaltungsvorstands 36 mal Einverständnis signalisiert, 22 mal Diskussionsbedarf und elfmal „Rot“ sowie elf eigene Vorschläge gemacht. Die wichtigsten roten Ampeln stehen für die Fraktion bei der Schließung des Hallenbads, der Einführung von Parkgebühren, dem Verzicht auf den Umbau des Markts und den Umbau des „Bergischen Löwen“, bei weiterer Absenkung des Pflege-Standards von Grünflächen sowie beim Ausstieg aus dem WiW-Stadtmarketing. „Gelb“ stehen die Ampeln unter anderem beim Freibad Dabringhausen und Hallenbenutzungsgebühren. red

BM 31. 10.

Unabhängig geblieben

WERMELSKIRCHEN (BM) WNKUWG-Fraktionsvorsitzender Henning Rehse ist auf Kreisebene wegen seiner Unterstützung des CDU-Landratskandidaten Tebroke kritisiert worden. Wie wir berichteten, werfen ihm die Rösrather freien Wähler einen Verstoß gegen die Unabhängigkeit vor. Stellung dazu nehmen jetzt WNKUWG-Vorsitzender Norbert Kellner und Rüdiger Bornhold als Mitglied im Kreisvorstand. Es sei bei der WNKUWG üblich, dass bei Wahlen, an denen man selbst nicht mit Kandidaten beteiligt sei, gelegentlich Empfehlungen ausgesprochen würden. „Dies ist völlig unabhängig von der jeweiligen Parteizugehörigkeit und schon gar nicht von einer Gegenleistung. Das ist unsere Art von praktizierter Unabhängigkeit“, betonen sie. Die einzige Voraussetzung sei, dass die oder der Empfohlene aufgrund der Qualifikation eine herausragende Leistung für die Bürger Wermelskirchens Stadt erwarten lasse. „Bei Dr.Tebroke hatten wir zusätzlich eine einstimmige Empfehlung des Kreisvorstandes der Freien Wähler. Diese Empfehlung haben wir dann in Wermelskirchen durch einen einstimmigen Beschluss des Vorstandes der WNKUWG in die Tat umgesetzt“, erinnern Kellner und Bornhold.